Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern und die kahlen Hügel der Gescheitheit

Nach den Ersatzwahlen in den Bundesrat stand in der Berner Tageszeitung «Der Bund» zu lesen: «Durch die Wahl Ogis und Felbers gewinnt der Bundesrat zwar nicht an intellektuellem Glanz; aber als Kollegialbehörde wird er gestärkt.» Damit wurde der vorläufige Schlussstrich unter eine Diskussion gezogen, in der sich nicht nur die Top-Intellektuellen im Medienwald, sondern auch viele Kreise in der Bevölkerung und ein erheblicher Teil des Parlaments die Frage gestellt hatten, ob insbesondere Adolf Ogi dem Amt eines Bundesrates «intellektuell gewachsen» sei, was immer das heissen mag.

Dass die Qualifikationen von Anwärtern auf Bundesratssitze auf breiter Basis besprochen werden, ist gut so. Und dass es dabei auch nicht an handfesten Witzen fehlt, gehört sozusagen zum politischen Geschäft. Doch im Falle des Berner Oberländer Bergführersohns, Skilehrers und Handelsschulabsolventen schwangen zum Teil Töne mit, die man nur als dünkelhaft bezeichnen konnte. Sie riefen in mir die Erinnerung an den Satz eines Aussenseiter-Philosophen wach, der von den «kahlen Hügeln der Gescheitheit» sprach, auf denen meist wenig grünes Gras wachse.

Auf dem Erfahrungshintergrund der letzten Jahrzehnte ist man geneigt, dem Bonmot auch im Hinblick auf das politische Bern nicht jegliche Berechtigung abzusprechen. Denn auch für den Bereich der Politik gilt, dass die Intelligentesten nicht immer die Erfolgreichsten und schon gar nicht zum vorneherein auch die Klügsten sind. In den fünfziger Jahren wurde ein durchaus rüstiger St. Galler Bundesrat von der eigenen Partei zum vorzeitigen Rücktritt veranlasst, weil es *dem* Starparlamentarier jener Zeit Platz zu machen galt, der aus dem gleichen Kanton, wenn auch aus einer andern Partei stammte. Und was geschah? Er versagte völlig, weil er sich als Zauderer erwies und nicht entscheidungsfreudig war. In einer kurzen Amtszeit grämte er sich buchstäblich zu Tode.

Willi Ritschard, der Solothurner Heizungsmonteur, der immerhin zum Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz der Kantone aufgestiegen war, wurde während der parteiinternen Ausmarchung mit ähnlichen Kritiken wie jetzt Adolf Ogi bedacht und hatte nach seinem Aussenseitersieg zunächst erhebliche Mühe, mit seiner Fraktion ins reine zu kommen. Er wurde dann aber nicht nur zum Publikumsliebling, sondern mehr und mehr auch zu einer wahrhaft tragenden Säule des Bundesratskollegiums. Er exponierte sich auch in schwierigen Situationen wie etwa bei der Abstimmung über die Atominitiative mit exemplarischem Mut und durchschlagendem Erfolg.

Die beiden Beispiele zeigen, wie wenig in diesem Amte im Grunde genommen frühere akademische Lorbeeren oder politische Ausweise von

andern Stufen zu bedeuten haben. Es gab erfolgreiche Anwälte, die den Sprung vom Einmannbetrieb an die Spitze einer grossen Verwaltung mühelos bewältigten. Und es gab anderseits bestausgewiesene kantonale Regierungsmitglieder, die eben diesen Sprung entgegen allen Erwartungen nicht schafften. Der eine wurde als scheinbare Notlösung gewählt und entwickelte sich zur allgemeinen Verwunderung zum «Alphatier» des Kollegiums. Der andere schien alles mitzubringen und wurde dann doch zerrieben. Wieder andere waren und blieben Notlösungen, waren und blieben der Mann (oder die Frau) der Stunde.

So wird man auch den Neugewählten zunächst einmal ganz einfach Zeit geben müssen, um ihr Profil zu entfalten und zu entwickeln. Auch die bissigsten Kritiker Ogis haben aber vielleicht inzwischen doch zumindest registriert, dass Bundesratswahlen besondere und für politisierende Intellektuelle vielleicht eher unerwartete Dimensionen annehmen können: Der bernische «Mann» und die bernische «Frau von der Strasse» empfanden den jüngsten Wahltag als Sieg eines der «Ihren», eines Mannes des «gemeinen Volks», der *ihre* Sprache spreche und sich und ihnen auch weiterhin treu bleiben werde. Diese Reaktion ist im Grunde eine Morgengabe von geradezu staatspolitischem Gewicht. Für den Staat Bern war es darüber hinaus aber ganz offensichtlich auch der Tag der nationalen Rehabilitierung — nach all den Jahren der permanenten Krise eines politischen Systems, das sich zuvor von jeher durch ein besonders starkes und besonders positives Staatsbewusstsein ausgezeichnet hatte.

Richard Reich

Solidarität — was ist das?

Es war zu erwarten, dass nach der wuchtigen Ablehnung der Mutterschaftsversicherung das böse Wort von der *lockerer* gewordenen gesamtgesellschaftlichen Solidarität weiter Bevölkerungskreise in der politischen Arena die Runde machen werde. SP-Parteisekretär Helmut Hubacher gab am Fernsehen mit einer säuerlichen Miene zu verstehen, dass nun auf die Solidarität als Fundament der Sozialpolitik kein Verlass mehr sei.

Stimmt dieses Raisonnement, das einen Ausbau der Sozialleistungen, wie immer er auch gestaltet sein mag, eo ipso als «fortschrittlich» versteht? Sind die Eidgenossen mit steigendem Wohlstand tatsächlich mehr und mehr der Selbstsucht, dem kühlen und gefühlslosen Egoismus erlegen? Wohl kaum. Wenn unter gesellschaftlicher Solidarität die Bereitschaft eines Volkes verstanden wird, über *Einkommensumverteilung* einigermassen exakt definier- und erurierbare menschliche Notlagen zu lindern oder soziale Schwachstellen zu beheben, so war das Solidaritätsbewusstsein noch kaum jemals so

manifest und lebendig wie heute. Noch nie in der Geschichte der Eidgenossenschaft hat die Einkommensumverteilungspumpe so grosse «Mengen» bewegt wie in der Gegenwart. Und es sind zahlreiche Indizien auszumachen, die darauf hindeuten, dass auch der Wille, dort *freiwillige Hilfe* zu leisten, wo offensichtliche und mit Händen zu greifende Notlagen existieren, ungebrochen ist. Wer von Erosionserscheinungen im Solidaritätsbewusstsein faselt, argumentiert entweder absichtsvoll oder wider besseres Wissen am Kern der Sache vorbei.

Es ist eine alte Erfahrungstatsache, dass die Bereitschaft zu Solidarität vom einzelnen um so sorgfältiger abgewogen wird, je *umfassender* das bereits bestehende Sozialnetz ausgebaut ist. Und niemand wird im Ernst in Abrede stellen wollen, dass die Schweiz zwar gewiss nicht eine perfekte, aber immerhin eine Sozialordnung aufgebaut hat, die sich sehen lassen kann. Sie wird beim einzelnen Bürger in Form von Steuern und Abgaben der verschiedensten Art spürbar. Ob eine Erweiterung der Sozialleistungen «nur» ein Opfer von Fr. 1.50 pro 1000 Franken Einkommen ausmacht, hat — und das haben die Befürworter der Mutterschaftsversicherung übersehen — als Argument wenig Gewicht. Entscheidend, und damit meinungsbildend, ist allein die *Gesamtbelastung,* die vom einzelnen zu tragen ist. Und die ist eben im Laufe der Nachkriegszeit nicht ganz unbeträchtlich gewachsen. Jede Generation muss an der Urne — oder über den politischen Entscheidungsprozess — bestimmen, *wo* die Grenze zwischen gesamtgesellschaftlicher Solidarität und Individualismus verlaufen soll. Bei der Mutterschaftsversicherung hat der Souverän in bezug auf diese Grenze ein Zeichen gesetzt. Dies ist in einer Demokratie ein völlig normaler Vorgang.

Ist damit ein Verdikt gegen jede Form sozialpolitischer Verbesserung gesprochen? Gewiss nicht. Aber der *Rechtfertigungszwang* ist zweifellos erheblich grösser geworden. Blosse Einkommensumverteilung, die nicht, oder nicht in erster Linie, nach der sozialpolitischen Legitimation schaut, wird künftig kaum noch eine Chance haben. Der Vergleich mit der AHV liegt in diesem Zusammenhang völlig schief. Und auch die These, dass diejenigen, die auf der Gewinnerseite der Einkommensumverteilung stehen, einer neuen Variante solchen Tuns unbesehen zustimmen werden, wogegen diejenigen, die sich auf der Verliererseite befinden, sich stets und immer in Oppositionsstellung begeben, hat, wenn dies überhaupt jemals der Fall gewesen sein sollte, in dieser kruden Form keine Gültigkeit mehr. Erstens einmal ist nicht mehr so genau bekannt, wie eigentlich die Sozialbilanz, aufgeteilt nach Gewinnern und Verlierern, beschaffen ist. Niemand weiss mit letzter Sicherheit, wer die Hände in den Taschen von wem hat. Und zweitens hat die Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung gelehrt, dass auch die Frauen, die durch die «Weitsicht» der Sozialeuphoriker zu ihrem Glück hätten gezwungen werden sollen, nicht einfach blindlings auf diesen Zug aufgesprungen sind.

Beispiele aus dem Ausland lehren zudem, dass Sozialsysteme dann, wenn sie zu kompliziert und intransparent werden, der Gefahr der *Missbrauchsanfälligkeit* ausgesetzt sind. Längst nicht alles, was im Namen der sozialen Gerechtigkeit einherstolziert, verdient auch diese Auszeichnung. Bei Lichte

betrachtet handelt es sich nicht selten um die Erhaschung von gruppenspezifischen Einkommensvorteilen zulasten anderer. Es ist kein schlechtes Zeichen, wenn der Souverän zu erkennen gibt, dass er auf diesem Gebiet hellhöriger geworden ist und dass er nicht mehr wie zu den Zeiten der grossen Wachstumsphase, als die Meinung bestand, die Finanzkraft des Staates sei unbegrenzt, bereit ist, alles zu schlukken. Nachdem die Illusion der «ewigen Prosperität» zerplatzt ist, muss sich auch die Sozialpolitik dem Imperativ der «optimalen Nutzung *knapper* Ressourcen» unterziehen. Daran ist nichts auszusetzen. Eine einigermassen konsistente ordnungspolitische Denkweise ist auch auf dem sozialpolitischen Felde kein schlechter Ratgeber. Sie schützt vor Irrtümern, denen jene zu erliegen drohen, die ihre Haltung in erster Linie nach der Wetterfahne der politischen Opportunität ausrichten. Die Jammeriade vom mangelhaft ausgebildeten Solidaritätsbewusstsein jedenfalls ist wenig überzeugend.

Willy Linder

Von «Englanditis» zu «Thatcherismus»

Der dritte Wahlsieg der Tories vom 11. Juni 1987 war trotz einiger — im Norden, mehr noch in Schottland — massiver Verluste immer noch so überwältigend, dass die jetzt 62jährige Premierministerin (eine weibliche Form, die das Englische nicht hat und an der diesem Prime Minister bestimmt nichts liegt) schon erhofft, diesen Rekord zu brechen und einen vierten Wahlkampf zu gewinnen — sie kann ihn grundsätzlich zu jedem ihr passenden Termin entfachen.

Die acht Jahre Thatcher sind eine Wende (vgl. Richard Reichs Überlegungen) — wobei die ersten zwei Jahre mit zunächst steigender Inflation nicht beeindruckend waren. Überblicken wir aber diese ganze Zeitspanne — man kann sie eine Ära nennen — so bieten die Erfolge wie Misserfolge, die überwundenen Missstände wie die bewusster gewordenen, nicht bewältigten Nöte ein uneinheitliches Bild: Wachstum zugleich der Produktivität und der Arbeitslosigkeit, um das frappanteste Beispiel zu geben — wobei jedoch gewisse Reformen als Errungenschaften gelten, die auch die Oppositionsparteien nicht mehr in Frage stellen. Hier ist ein «point of no return» erreicht. Labourführer Kinnock, der an der Spitze einer zerrissenen Partei den bestmöglichen Wahlkampf geführt hat, gab selber Margaret Thatcher als Beispiel konsequenter Führung.

Der neue Konsens bezieht sich — Grossbritannien ist offenbar anders! — auf die Gesetze zum Schaden bestimmter Rechte der Gewerkschaftsführungen. Nunmehr sind Streiks nur für bestimmte Forderungen zulässig und dann mit 80 Prozent Befürwortern in geheimer Abstimmung. Der Zwölf-Monate-Streik in den Kohlengruben, den Frau Thatcher ebenso unbeugsam

durchstand wie den Falklandkrieg, hat diesen Reformen noch mehr Rückhalt gesichert.

Das Phänomen konservativ stimmender Industriearbeiter ist keineswegs neu, doch hat es nunmehr ganz andere Ausmasse angenommen. Im Süden haben die Arbeiter den Tories 46 Prozent ihrer Stimmen gegeben und Labour 28. Für das ganze Geeinigte Königreich waren es 36 Prozent. «Der ‹Thatcherismus› hat in Grossbritannien Wurzeln geschlagen», stellt die deutsche sozialdemokratische Zeitschrift «Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte» fest.

Labour dominiert noch in den Staatsdiensten, denen 30 Prozent der Arbeitnehmer angehören. Die Privatisierung, mit der Mrs. Thatcher angesichts von Streikdrohungen auch der Post gedroht hat, mag nebenbei die Wirkung haben, dass sie die Basis der regierenden Partei stärkt — auch wenn diese Überlegung nicht den Anstoss gab.

Ein entscheidender Grund für den nur partiell — insbesondere in der Autoindustrie — überwundenen Rückstand der Industrie ist die von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften vernachlässigte Ausbildung der Lehrlinge, das Fehlen von Qualitätsarbeitern. Dazu kommt auch das Versagen der öffentlichen Schulen. Die Budget-Kürzungen im Erziehungswesen werden mit Recht kritisiert. Dieser Mangel an Qualifizierung und an Qualitätsleistung wird erst neuerdings als entscheidendes Problem wahrgenommen.

Samuel Brittan, Chefredaktor der «Financial Times», nennt Frau Thatchers Wirtschaftspolitik «traumatisch, aber nicht radikal» (24. März 1987). Auch ihm gilt als wichtigster Fortschritt die Steigerung der Produktivität. «Wenn man zurückblickt auf die Gewerkschaftsbosse, die selbsternannten Industriepolitiker, die Chefs und Berater der korporativen Wirtschaft — wer würde sie vermissen?» So wie die Dinge in Grossbritannien lägen, sei ein «atomisierter Arbeitsmarkt» noch ein Fortschritt, denn mitteleuropäische Verhältnisse seien nicht zu erhoffen.

Verglichen mit jener langen Dekadenz, die «englische Krankheit» oder «Englanditis» genannt wurde, ist die Ära Thatcher eine Veränderung der Perspektiven, die voraussichtlich auch das dereinstige Alternieren an der Macht überdauern wird.

François Bondy